SPD Fraktion ● Marktstraße 8 ● 25813 Husum

Es gilt das gesprochene Wort!

Kreistagssitzung am 06. November 2020

Redebeitrag TOP 41:

Beratung und Beschlussfassung über eine Resolution zur Flüchtlings- und Migrationspolitik

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer die Würde des Menschen z.B. mit Blick auf Lesbos ernst nimmt, sieht einen dringenden Handlungsbedarf.

Umso fassungsloser hat es uns gemacht, dass die Fraktion der Christlich Demokratischen Union im letzten Kreistag mit ihren Stimmen sogar die Beratung über dieses Thema verhindert hat.

Damit wurde dokumentiert, dass die Gemeinsamkeiten in diesem Kreistag bei diesem Thema nun aufgebraucht sind.

Das zeigt sich zunächst auch im Jamaika-Antrag: Als wirkliche Neuerung bleibt nur der 2. Absatz, der den Bundesinnenminister auf das Selbsteintrittsrecht zur Aufnahme Geflüchteter gem. Dublin III aufmerksam macht. Über den benannten Artikel 17 kann Deutschland selbst bestimmte Geflüchtete quasi extra aufnehmen – nicht jedoch die Länder oder gar die Kommunen. In der Bundesratssitzung am 18.09. wurde über eine Gesetzesinitiative der Länder Berlin und Thüringen abgestimmt, die zumindest den Ländern selbst eine Entscheidung über die Aufnahme Geflüchteter ermöglicht hätte. Dies wurde abgelehnt. Schleswig-Holstein hat sich in der Abstimmung enthalten, was aufgrund des Abstimmungsprozederes im Bundesrat einer Nein-Stimme gleichkommt. Aus dem Grund sprechen wir in der Passage unseres Antrages nicht nur den Bundesinnenminister, sondern alle von uns Angeschrieben – darunter auch den Ministerpräsidenten und seine Innenministerin – an. Denn der 18.09. beweist, dass auch das Land Einfluss nehmen kann – leider aber nicht tut.

Im Übrigen haben wir eine ja eine Jamaika-Landesregierung. Vielleicht ist hier ja mal innerparteilicher Druck angesagt, dass in Zukunft ein anderes Abstimmungsverhalten im Bundesrat erfolgt.

Ich werde den nach dem letzten Kreistag wohl berechtigten Eindruck aber nicht los, dass dies zumindest bei zwei Kooperationspartnern gar nicht gewollt ist.

Denn dann droht es ja über bloße Symbolik hinaus, zu der man sich noch hinreißen lässt, etwas Konkretes zu werden.

VORSITZENDER Thomas Nissen nissen-thomas@t-online.de Tel.: 04664 - 98 32 17
GESCHÄFTSFÜHRER Carsten F. Sörensen c-f-soerensen@t-online.de Tel.: 04662 - 54 82
BANKVERBINDUNG Nord-Ostsee Sparkasse IBAN DE44 2175 0000 0000 0044 73 BIC NOLADE21NOS

Wir reden über ein Thema mit sehr begrenztem Einfluss des Kreises. Aus dem Grund greifen wir die konkrete Initiative von Christian-Jensen-Kolleg, Kirchenkreis, Kirchengemeinde Breklum und Diakonischem Werk auf. Dieses vorbildliche und sinnvolle Engagement halten wir für unterstützenswert. Auch Nora Steen freut sich, wenn sich dies in einer Beschlusslage des Kreistages widerspiegelt. Wir möchten dem Rückenwind verleihen.

Warum wird das von Jamaika nicht gewollt? Man wird dadurch und durch die Verhinderung der Dringlichkeit in der letzten Sitzung den Eindruck nicht los, dass in Wahrheit die Aufnahme von Geflüchteten zumindest in den bestimmenden Teilen der CDU schlicht und ergreifend nicht gewollt ist.

Vor dem Hintergrund sind wir nicht bereit, auf die Suche des kleinsten gemeinsamen Nenners u.a. mit der Jungen Union zu gehen, die lieber mit Friedrich Merz rechts der aktuellen CDU-Wählerschaft Stimmen fangen will.

Das ist dann nur Show und es kommen Beschlüsse heraus, die zwar halbwegs einstimmig sind, aber niemandem etwas bringen. Denn die Gemeinsamkeiten zumindest bei Jamaika scheinen aufgebraucht.

Daher bitte ich um Zustimmung zum Antrag von SPD und WG-NF, der weitergehender ist.

Truels Reichardt